



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
25. JULI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 13 31 - 33
Fernschreiber 0 896 890

B/XVI/165 - 25. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Eine menschliche und nationalpolitische Aufgabe</u> Die Bewältigung des Flüchtlingsstroms aus der SBZ	50
2	<u>Aktiva der deutschen Innenpolitik</u> Enttäuschte Hoffnungen der Extremen	54
3 - 4	<u>Warum liberale SPD wähler</u> Eine aufschlussreiche Begründung Münchener Rebellion liberaler Studenten zieht Kreise	94
5	<u>CDU-Hackenschützen gegen Seeborn</u> P a s hat der brave Mann nicht verdient	41
6	<u>Aus dem Zeitgeschehen ...</u> <u>Wettlauf mit dem Tode</u> Bundeswehrflugzeug holte 19-Jährigen von Korsika Bravourleistung ohne Bürokratie	30

* * *
* *

Eine menschliche und nationalpolitische Aufgabe

Die Bewältigung des Flüchtlingsstromes aus der SBZ

G.N. - Der Flüchtlingsstrom aus der sowjetischen Besatzungszone geht unvermindert an. In der letzten Woche haben wiederum etwa 900 bis 1000 Deutsche täglich der Ulbricht-Diktatur den Rücken gekehrt. Für die Bundesrepublik, die nichts tut, um etwa den Flüchtlingsstrom zu begünstigen, ergeben sich aus der jetzt entstandenen Situation einige Probleme, die als gesamtdeutsche Aufgabe gelöst werden müssen.

Beim Bundesvertriebenenministerium ist man sicher, mit den jetzt vorhandenen Hilfskräften etwa 1800 Flüchtlinge pro Tag verwaltungsmässig durch die vom Gesetz vorgeschriebenen Schleusen hindurchbringen zu können. Der Berliner Senat und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung haben sich sofort nach Anschwellen des Flüchtlingsstromes eingeschaltet und zusätzlich Personal zur Verfügung gestellt, mit dessen Hilfe die grosse verwaltungstechnische Leistung des Durchschleusens verhältnismässig reibungslos bewältigt werden kann.

Es heisst, dass auf diesem Gebiet - nämlich der Verwaltung - keine nennenswerten Schwierigkeiten zu erwarten sind; jedenfalls kaum vor Ablauf der nächsten vier bis fünf Wochen, sofern der Flüchtlingsstrom in der gleichen Stärke anhält. Die Schwierigkeiten ergeben sich vielmehr bei der danach notwendigen Betreuung der Flüchtlinge in Hinblick auf ihre Unterbringung in der Bundesrepublik und ihre Weiterleitung in eine berufliche Tätigkeit, die den fachlichen Voraussetzungen des einzelnen Flüchtlings entspricht.

In den vergangenen Jahren hat man - mit Recht - den früher bis zu zehn und mehr Wochen dauernden Lageraufenthalt durch einen forcierten Flüchtlingswohnungsbau in der Nähe von Industriezentren merklich abkürzen können. Infolgedessen sind jetzt weniger Lager vorhanden. Aber selbst wenn man mit Rücksicht auf das weitere Anhalten des Flüchtlingsstromes alte Lager wieder öffnen oder neue bauen würde, müssten sich zahlreiche Schwierigkeiten ergeben.

Bei allen diesen Dingen handelt es sich nicht nur um ein verwaltungstechnisches, sondern in erster Linie um ein menschlich-moralisches Problem. Unter den Flüchtlingen befinden sich ganze Familien, die gemeinsam geflohen sind. Sie wollen natürlich nach Möglichkeit zusammenbleiben. Wird jedoch der Familienvater aus Gründen der Arbeitsaufnahme von den Seinen getrennt, bleibt die Familie im Lager zurück, und muss der Mann vielleicht einige hunderte von Kilometern entfernt in einem möblierten Zimmer wohnen, dann häufen sich die menschlichen Schwierigkeiten.

Infolgedessen steht jetzt das Bundesvertriebenenministerium und mit ihm die Länderregierungen vor der Aufgabe, den Flüchtlingsstrom so zu lenken, dass diejenigen unserer Landsleute, die die Freiheit gewählt haben, auch so schnell wie möglich an unserem Leben in Freiheit als gleichberechtigte Bürger teilnehmen können. Die Lösung dieser Aufgabe setzt die schnelle Überwindung aller bürokratischen Hemmnisse voraus und erfordert eine gute Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik. Wir werden gemeinsam das Schicksal unserer Landsleute meistern können, wenn wir uns darauf besinnen, dass es sich hierbei nicht um ein "Behördenanliegen", sondern um eine grosse menschliche und nationalpolitische Aufgabe handelt, zu deren Bewältigung wir alle aufgerufen sind.

Aktiva der deutschen Innenpolitik

Wer - wie stark sind die antidemokratischen und für totalitäre Gedankengänge anfälligen Kräfte in unserem Volk und wo sind sie zu finden? Nicht bei der Masse der deutschen Arbeitnehmer und auch nicht bei den vielen Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen. Das ist eine für die Beurteilung der innerpolitischen Lage der Bundesrepublik äußerst wichtige Poststellung, die auch die Aufmerksamkeit des uns befreundeten, den Glauben an die deutsche Demokratie wiedergewinnendes Ausland beanspruchen dürfte. Auf beide großen, die überwältigende Mehrheit unseres Volkes bildenden Schichten setzen sich die Hoffnungen des Links- und Rechtsradikalismus. Beide politischen Extreme führen im bundesrepublikanischen politischen Bereich ein peripheres Dasein. Ihnen fehlt es, ganz zum Unterschied von den letzten Jahren der Weimarer Republik, an politischer Durchschlagskraft und Faszination. Ihre Sprache und ihre Zielsetzungen stoßen auf keine Resonanz und dies angesichts einer äußeren Bedrohung, die größte Anforderungen an Geduld, Nerven und kritisches Urteilsvermögen stellt.

Die Masse der deutschen Arbeitnehmer weiß wohl, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde sitzen. Das zeigen in erfreulicher Deutlichkeit die Ergebnisse der letzten Betriebsrätewahlen. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft hat sich durchgesetzt, er läßt sich aus der Welt des deutschen Arbeitnehmers nicht mehr verbannen. In den Großbetrieben sehen und sehen die Kommunisten ein ideales Betätigungsfeld, unvermeidliche Spannungen versuchen sie auf die Spitze zu treiben oder das Vertrauen zu den Vertrauensleuten der Gewerkschaften zu untergraben. Die Groß- und Mittelbetriebe sind heute jedoch, zur großen Enttäuschung der Moskauer Emissäre, dank jahrelanger Aufklärung und durch den Anschauungsunterricht, den die Zwingherren Mitteldeutschlands täglich liefern, immunisiert. Hier versagen die Schakalen der Rattenfänger. Wer die Unterdrückung des mitteldeutschen Arbeitnehmers bejaht, dazu schweigt, sie sogar als "Fortschritt" anpreist, hat das moralische Recht verwirkt, Sprecher und Vertrauensmann deutscher Arbeitnehmer in Betrieben zu sein, in denen immerhin, wenn auch unzulänglich, durch das Betriebsverfassungsgesetz und durch die Mitbestimmung in Kohle und Stahl dem Arbeitnehmer ein Mitspracherecht eingeräumt ist. Wo gibt es das in den Betrieben der Zone? Dort erweist sich der IDGB als verlängerter Arm der Staatsgewalt. Unsere Arbeitnehmer wissen den Wert demokratischer Freiheiten zu schätzen, aber auch den Wert der Einheitsgewerkschaft; für Spalter ist kein Raum gegeben.

Und die Millionenmasse der Vertriebenen und Flüchtlinge, der alten und der neuen? Sie haben sich wieder eine neue Existenz aufgebaut oder sind im Begriff, es zu tun. Sie gehören heute - und hier schlagen die Berechnungen der Austreiber gründlich fehl - zu den stabilsten Elementen der jungen deutschen Demokratie, abhold der Diktatur jedweder Färbung. Sirenentöne vermögen bei ihnen nicht mehr zu verfangen. Ihr Sinn für Recht und Unrecht ist wachsam und geschärft, Sie streben nach innen und außen eine Ordnung an, die auf der Gleichheit der Menschen und auf der Achtung vor der Gerechtigkeit und der demokratischen freiheitlichen Staatsordnung beruht. Das Gespenst des Revanchismus existiert nur in den Köpfen der kommunistischen Propagandisten, es findet im Feld der Bundesrepublik keine Rechtfertigung.

Sind diese Aktiva unseres innenpolitischen Lebens nicht zu pflegen und in rechter Licht zu sehen? Manche Besorgnisse unserer Freunde im Ausland würden verschwinden, wüßten wir mit diesem Pfund nur besser umzugehen.

Warum Liberale SPD wählen

Die Rebellion im Liberalen Studentenbund Deutschlands zieht weite Kreise. Erst kürzlich haben sich die Münchner Liberalen Hochschulgruppen von der FDP losgesagt, nun gefolgt von der Gruppe in Karlsruhe. Allen Rebellen ist der Zweifel am Liberalismus der FDP gemeinsam, sie sehen in dieser Partei keine unabhängige politische Kraft mehr, sondern ein Anhängsel der CDU/CSU. In der Zeitschrift NOTABENE begründen die Münchner Liberalen Hochschulgruppen ihren Austritt aus der FDP und ihre Empfehlung an die Wähler, bei den kommenden Bundestagswahlen die SPD zu wählen.

Der Einfluss der schon immer nicht sehr einflussreichen Liberalen in der CDU/CSU hing einst an einem dünnen Faden, und das war Ludwig Erhard. Inzwischen ist der Faden längst gerissen. Wer es nicht glauben will, der frage Eugen Gerstenmaier.

Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, in dem wohlwollende Betrachter eine andere Spitzenkraft des ertrauten liberalen Flügels der CDU/CSU sehen wollen, hat zum Abschluss der letzten Sitzungsperiode des Deutschen Bundestages im Namen unseres Parlamentes zu einer geistreicheren deutschen Initiative in der Politik um Berlin und Deutschland aufgerufen. Allenfalls lobte man den Bundestagspräsidenten, lediglich die eigene Partei negierte den Anspruch des Eugen Gerstenmaier, sich wenigstens einmal wieder als schwäbischer Nationalliberaler zeigen zu dürfen. Die CDU/CSU distanzierte sich vor Gerstenmaiers pragmatisch vernünftigen Aufruf, der mit den Fraktionen des Bundestages vorher abgestimmt war; damit gelang es der Mehrheitspartei erneut, die Ohnmacht des Flügels der Halbwegs-Liberalen innerhalb der eigenen Reihen zu beweisen.

Doch bringt dieser Beweis nichts Neues; jeder aufmerksame Beobachter weisse, dass ein Liberaler in der CDU viel leiden darf - und rix zu sagen hat. Die Minimum-Liberalen in der CDU/CSU sind zu innerparteilichen sparring-partners des greisen Kanzlers hinabgesunken.

Solchermaßen von der CDU/CSU enttäuscht, wendet sich der liberale Wähler auf der Suche nach der Partei, von der ihn der kleinste politische Abstand trennt, zur splitterkleinen FDP. Hatte diese Partei nicht immer behauptet, sie sei die liberale Partei schlechthin? Das hat sie nicht immer behauptet und behauptet es heute noch viel weniger! Schrieb doch beispielsweise die "Deutsche Saar", Hauszeitung des saarländischen Landesverbandes der FDP: "Der Versuch die FDP (den saarländischen FDP-Landesverband also) als Liberal abzuwerten, ist gescheitert". Trotzdem wird der liberale Wähler einwenden: Zählen nicht Altliberale wie Thomas Dehler zur Prominenz der FDP? Nun, Thomas Dehler hat inzwischen längst resigniert; er hat sich damit abgefunden, dass die Liberalen in der FDP längst nicht mehr ausschlaggebend sind, was er auch beim makabren Spiel seiner Nominierung zum FDP-Kandidaten für die Bundestagswahl 1961 im Wahlkreis München-Nord spüren musste.

Nach vorheriger Absprache wollten die im FDP-Kreisverband München feststimmenden "Frei-Demokraten" von rechts und rechtsaussen "den Dehler zeigen, wer die Macht hat im Kreisverband München"; so wurde der Alt-liberale Thomas Dehler mit 6 Stimmen gegen 6 Enthaltungen nominiert. Ubrigens war die nominierende Versammlung für 19.20 Uhr einberufen worden, aber bereits um 19.10 fing die Scheinwahl an; als um 19.20 Uhr ein potentieller 13. Abstimmungsteilnehmer auftauchte, war die Show längst abgelaufen. Ob solche Demonstrationen der Macht der Nazis und Nationalisten in der FDP den Altbundespräsidenten Theodor Heuss bewegen haben, die Verwendung seines Bildes auf FDP-Plakaten nicht mehr zu gestatten?

Der Bundesschatzmeister der FDP, Wolfgang Rubin, hat Mende in einem "Spiegel"-Leserbrief zartfühlend charakterisiert: "Mende sei sicherlich nicht der Liberale par excellence". Und Dr. Heinrich Schneider, Vorsitzender des saarländischen FDP-Landesverbandes, hat es deutlich gesagt: "Schreiben Sie ruhig, wir seien alte Nazis. Bei deutsch-denkenden Menschen ist das die beste Propaganda für uns".

Nicht ausdrücklich dazu gesagt hat Schneider, was sich von selbst ergibt: Liberale wie Theodor Heuss und Thomas Dehler sind nur Aushängeschilder, liberale Feigenblätter auf der bräunlichen Blässe; man will ja auf die liberalen Wähler nicht verzichten!

Aber, wer's nicht glauben will, wo die Liberalen in der FDP heute stehen, der lese es nach in der Hauszeitung ihres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Schneider: Die "Deutsche Saar" schrieb vor einem Jahr: "Dass die FDP an die liberale Tradition anknüpfte, hängt ihr noch immer an, auch wenn das nationale Element sich immer stärker durchzusetzen beginnt". Heute hat sich das nationale Element durchgesetzt, und nach der Wahl werden sich dann die Liberalen von der ganz nach rechts treibenden FDP trennen; die FDP wird sich wieder spalten. Die gereinigte Rechts-FDP soll die freigewordene Stelle des Koalitionsanhängels in einem soundsovielten Kabinett Adenauer einnehmen. Anders kann's gar nicht kommen, sonst ist das Abendland am Ende!

*

Skeptisch geworden, ob sein Suchen nach der Partei der Liberalen Möglichkeiten noch Erfolg haben kann, muss der liberale Wähler nun zum dritten und letzten die SPD beäugen. Auch hier wird er Schattenseiten finden; wenn er es aber ernst meint mit seinem Suchen, wird er sich das Godesberger Programm ansehen und feststellen, dass es einem zeitgemässen Liberalismus entspricht. Die Protokolle des letzten Parteitagess werden ihm zeigen, dass hier noch eine Partei ihre Meinungsbildung in aller Öffentlichkeit vollziehen kann; jeden Liberalen muss dieses Beispiel innerparteilicher Demokratie anziehen; hier in der sozialen und liberalen Sammelpartei liegen die Chancen der Liberalen für die Zukunft! Wir verteilen am Wahltag im September nicht nur Sympathien, sondern wir wählen eine Regierung: Soll diese Regierung auf der schmalen Basis der Strauss, Jäger, Seebach, Würmeling und Mende oder auf der breiten Basis der Carlo Schmid, von Knöringen, Brandt, Neilsen, Heinemann, Deist und Erier stehen?

Liberale wählen die Basis, die Arbeitsraum für Liberale lässt:
Liberale wählen SPD.

+ + +

CDU-Heckenschützen gegen Seeborn

Ja. - Daß Fußgänger, Rad- und Autofahrer etwas gegen Herrn Seeborn haben, ist angesichts der Straßenbaupolitik der Bundesregierung nicht verwunderlich. Gegen Frontalangriffe wehrt er sich, so gut er kann. Worauf er aber sicher nicht gefaßt war, sind die Schüsse aus dem Hinterhalt, mit denen wackere Christdemokraten ihr junges Parteimitglied unter Feuer nehmen.

Veröffentlicht da der Deutschland-Union-Dienst, offizielles Organ der CDU/CSU, eine Notiz unter der Überschrift "Nur noch geringe Restbeiträge im Straßenbau" in der scheinbar eine wackere Verteidigungsrede für den gegen die Umbilden der Witterung kämpfenden Minister gehalten wird. Die Zahlen aber, mit denen die wohlmeinenden Worte begründet werden sollen, stehen in krassem Gegensatz sowohl zur scheinbaren Gesamt-tendenz des Artikels als auch zu seiner Überschrift.

Schlicht und ergreifend wird mitgeteilt, daß in vier Monaten rund 517 Millionen DM, die zur Verfügung standen, nicht ausgegeben wurden. Haushaltskundige werden darüber hinaus noch belehrt, daß die jährlichen Straßenbaumittel rund 2 Milliarden DM betragen. Müheless läßt sich nun ausrechnen, daß 517 Millionen DM rund ein Viertel des jährlichen Gesamtbetrages sind, also einer Ausgabe von drei Monaten entsprechen. Wihin hat das Ministerium in vier Monaten nur das Geld ausgegeben, das für einen einzigen Monat zur Verfügung steht. Und daraus muß man schließen, daß auch nur ein Viertel dessen gebaut worden ist, was hätte gebaut werden können.

Hat man erst einmal so weit gerechnet, so liest sich der übrige Artikel nur noch als klanker Hohn. Da wird das schlechte Wetter verantwortlichen gemacht. Gewiß, wir waren nicht mit Sonnenschein gesegnet in diesem Jahr, aber daß man von vier Monaten drei wegen schlechten Wetters keine Straßen bauen konnte, läßt sich beim besten Willen nicht behaupten. Und wenn man zum Schluß liest, nach den "Planungen" (!) des Ministeriums sei nicht mit Ausgaberesten am Jahresende zu rechnen, kann man den DUD-Redakteuren den Sinn für Sarkasmus nicht absprechen.

Indessen: Womit hat der telegen immer neue Miniaturstreckchen einweihende Verkehrsminister das verdient? Es zeugt doch von propagandistischem CDU-Good-Will, wenn der Minister jeden neuen Kilometer separat einweiht und dabei mit der Schere das berühmte Bändchen durchschneidet. Die Opferbereitschaft, mit der er sich dabei als Bundesfernsehstraßeneinweihler betätigt, müßte eigentlich Lob bei seinen neuen Parteifreunden hervorrufen.

Stattdessen diese versteckten Angriffe! Will man Herrn Seeborn mit Gewalt abschießen? Einen solchen Abschluß hätte der brave Mann nicht verdient.

Aus dem Zeitgeschehen ...

Wettlauf mit dem Tode

In der Medizinischen Akademie Düsseldorf ringen die Ärzte immer noch um die Gesundheit des 19-jährigen Modelltischlers Jürgen Peter Bläske aus Essen, der sich in einem Ferienlager der IG Metall auf der Insel Korsika durch einen waghalsigen Sprung von einem Felsen in einen kleinen Fluss einen Rückenwirbel brach und von der Brust abwärts gelähmt wurde. Wenn das lebensgefährlich Verletzte gerettet werden kann, so ist das nicht zuletzt das Verdienst der Bundeswehr, die unter Umgehung aller bürokratischen Spielregeln eine Moratlas-Maschine nach Korsika beorderte und Jürgen Peter Bläske unter hochdramatischen Umständen nach Düsseldorf-Lohhausen flog.

Bläske wurde nach dem tragischen Unfall geborgen und sofort ins Krankenhaus nach Ajaccio gebracht. Hier stellten die Ärzte anhand einer Röntgenaufnahme fest, dass der sechste Rückenwirbel gebrochen und wahrscheinlich auch ein Nervenstrang durchschlagen war. Feststellung der Ärzte: Er muss sofort nach Deutschland gebracht werden in eine neuro-chirurgische Klinik. Ein Telefongespräch mit Essen sollte Hilfe bringen.

Der Essener Jugendsekretär Karlheinz Völker rief am Donnerstag vergangener Woche um 10 Uhr das Bundesverteidigungsministerium an. Bereits um 14 Uhr hatten General Trautloft und Oberst Schmolder alle bürokratischen Hemmnisse beseitigt. Eine Moratlas-Transportmaschine, die von München-Neubiberg aus Material für eine bundesdeutsche Starfightergruppe nach Sardinien fliegen musste, wurde angewiesen, nach Korsika weiterzufliegen und Jürgen Peter Bläske zu holen. Der Pilot, ein Bundeswehrfeldweibel, vollbrachte ein tolles Bravourstück, als er auf dem für seine schwere Maschine halbrecherischen Rollfeld von Ajaccio landete.

Nach sechstündigem Flug landete die Moratlas auf dem Flugplatz Düsseldorf-Lohhausen. Ein Krankenwagen stand schon bereit, und im Krankenhaus warteten bereits die Eltern Jürgen Peter Bläskes auf ihren Sohn. Über Funk und Telefon waren sie aus ihrem Urlaubsort herbeigerufen worden. - Die Jugend der Industriegewerkschaft Metall in Essen und Düsseldorf hat dem Krankenhaus in Ajaccio ein Streckgerät gestiftet.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel